

Marzahn- Hellersdorf

30. Jahrgang / März 2020

links

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf · Informationsblatt

Feminismus auf die Straße!

Am 8. März ist Internationaler Frauentag. Schon seit über 100 Jahren streiken, streiten und kämpfen an diesem Tag Frauen für ihre Rechte und gegen jede Form der Unterdrückung. Als Initiatorin des Frauentages gilt die sozialistisch-kommunistische Politikerin, Friedensaktivistin und Ikone der proletarischen Frauenbewegung, Clara Zetkin.

Auch heute gehören Diskriminierung, Ausbeutung und prekäre Arbeitsbedingungen zum Alltag vieler Frauen und queerer Menschen. Ein selbstbestimmtes und abgesichertes Leben ist nicht für alle Selbstverständlichkeit. Der Monat März macht darauf in vielerlei Hinsicht aufmerksam:

Jedes Jahr wird zum Equal Pay Day, in diesem Jahr am 17. März, darauf hingewiesen, dass Frauen im Durchschnitt weniger verdienen als Männer – selbst im Osten, auch wenn hier die Einkommensverhältnisse zwischen den Geschlechtern nicht so weit auseinanderklaffen wie in den alten Bundesländern. Innerhalb der Familie übernehmen Frauen unzählige Stunden an unbezahlter und oftmals wenig gewürdigter Erziehungs-, Haushalts- und Pflegearbeit. Viele Frauen, darunter überproportional viele Migrantinnen und all jene, die in Deutschland Rassismus erfahren, tun das auch unter prekären Bedingungen im Zuhause anderer. Für viele von ihnen bedeutet dies nicht nur akute finanzielle Abhängigkeit (meist von einem Partner), sondern auch eine erhöhte Gefahr, in Altersarmut zu fallen. Viele Frauen werden darüber hinaus mit verletzenden

Kommentaren, Übergriffen und körperlicher Gewalt kleingemacht. Die traurige Bilanz: Fast jeden dritten Tag wird in Deutschland eine Frau, meist vom (Ex-)Partner, ermordet.

In allen gesellschaftlichen Bereichen gibt es Potential für Verbesserung. Es geht im Kern um soziale

Gerechtigkeit und körperliche Selbstbestimmung, aber auch um eine angemessene Repräsentation. Ein Beispiel: DIE LINKE, einst die Partei mit dem höchsten Frauenanteil – Dank der guten Zahlen im Osten! – erlebt seit geraumer Zeit einen Abwärtstrend. Nur ein bisschen mehr als ein Drittel unserer Genoss*innen bundesweit sind Frauen. 2006 – damals noch PDS – waren es immerhin noch 44,5 % (siehe 7. Gleichstellungsbericht der LINKEN von 2018). Nur DIE LINKE hat das Potential, progressive Kämpfe „für das gute Leben“ zu vereinen. Dafür müssen möglichst viele unterschiedliche Menschen mit am Tisch sitzen, auch an Orten, wo keine Mindestquotierungen und Redelisten Schief lagen korrigieren.

Die Linksfraktion Marzahn-Hellersdorf lädt alle Genoss*innen dazu ein, an der vom bezirklichen FrauenNetz organisierten **Demonstration am 8. März um 12 Uhr ab S-Bahnhof Ahrensfelde** teilzunehmen. Um **13 Uhr** findet dann traditionell die **Festveranstaltung „Rosen für Clara“** im Clara-Zetkin-Park statt.

Gemeinsam bleiben wir kämpferisch. Ein paar Sprüche für die Demo habe ich schon mal rausgesucht:

- Frauen kämpfen international – gegen Faschismus, Krieg und Kapital
- Küche, Herd und Vaterland?! Unsere Antwort: Widerstand!
- Feuer und Flamme dem Patriarchat – Kampf dem Sexismus im Job und vom Staat.

MAGDA ALBRECHT



**Bezahlbares Wohnen
in Marzahn-Hellersdorf**

**Gast: Katrin Lompscher
Senatorin für Stadtentwicklung
und Wohnen**

DIE LINKE.
in der BVV Marzahn-Hellersdorf

**Rathaus Marzahn
Helene-Weigel-Platz 8**

30.03.2020 - 18.30 Uhr

www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Das finden Sie außerdem in dieser Ausgabe:

Seite 2: Otto Nagel - Ehrenbürger seit 50 Jahren / Aus den Siedlungsgebieten / Unternehmerfrühstück

Seite 3: Petra Pau: AfD / Aus dem Bezirksvorstand / Freibad in Sicht

Seite I / Seite II: BVV-Linksfraktion aktuell: • Bericht zur BVV im Februar / • Bebauung neu denken / • Nicht wegschauen! / • Ein Wochenende in Brandenburg

Seite 4: Dr. Manuela Schmidt: Was hat der Mietendeckel mit Linksextremismus zu tun? / Gedenken: Neue Broschüre erschienen

Seite 5: Zur Person: Jochen Gollbach / Zum Heimatverein 2020

Seite 6: Tipps und Termine / Hinten links: Rüstungsgelder

Otto Nagel - seit 50 Jahren Berliner Ehrenbürger

Vor 50 Jahren, am 4. Februar 1970, wurde Otto Nagel (gemeinsam mit seinem Malerkollegen Heinrich Zille) vom Magistrat von

(Ost-)Berlin posthum die Ehrenbürgerschaft der Stadt Berlin verliehen – für „seine hervorragenden künstlerischen Leistungen und seine enge Verbindung zum Leben und Schaffen der Berliner Werkstätigen ...“. Bei der Zusammenführung der Ehrenbürgerlisten von Berlin West und Ost im Jahre 1992 wurde Otto Nagel in die gemeinsame Liste übernommen – wegen des „... herausragenden Berlin-Bezugs ...“ in seinem künstlerischen Werk. Otto Nagels Ehrengrab befindet sich auf dem Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde.

50 Jahre Ehrenbürgerschaft von Berlin für den „Wedding-Maler“, den Dokumentaristen des al-



Otto Nagel: Selbstbildnis 1949

ten Berlin, den Maler der Proletarier und „einfachen“ Leute, den bedeutenden Kulturpolitiker und Publizisten.

Der Verein „Freunde Schloss Biesdorf“ möchte für den 2019 gegründeten „Initiativkreis Otto Nagel 125“ nach dessen Aktivitäten rund um den 125. Geburtstag von Otto Nagel – mit dem Verweis auf dieses Jubiläum – erneut auf diese Künstlerpersönlichkeit hinweisen, dessen Leben und Werk immer noch in der Öffentlichkeit wenig beachtet wird.

In der ab 21. Mai 2020 im Schloss Biesdorf zu sehen sein werden den Otto-Nagel-Ausstellung wird die Möglichkeit bestehen, sich intensiv mit dem Werk des Künstlers zu beschäftigen – auch mit selten gezeigten Bildern. Wir hoffen auf großes Interesse und eine gute Resonanz – der Künstler hat es verdient.

DR. HEINRICH NIEMANN
Vorstandsvorsitzender
Freunde Schloss Biesdorf e. V.

Aus den Siedlungsgebieten:

Zahlreiche Veranstaltungen rund um den Frauentag

Die deutsche sozialistische Politikerin und Ikone der proletarischen Frauenbewegung, Clara Zetkin, schlug am 27. August 1910 während des Zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkongresses in Kopenhagen die Einführung eines internationalen Frauentages vor.

Er wird seit 1911 begangen und ist seit dem vergangenen Jahr in Berlin ein gesetzlicher Feiertag. An diesem Tag demonstrieren Frauen in der ganzen Welt für die Gleichberechtigung und gegen geschlechtsspezifische Diskriminierung. Auch in den Siedlungsgebieten unseres Bezirkes sind es viele Frauen, die sich in den Stadtteilzentren, im Bürgerstübchen, im Krankenhaus Kaulsdorf, in den Schulen, in Kitas, in den kulturellen Einrichtungen, in den Sozialstationen und Pflegeeinrichtungen engagieren. Frauen sind trotz der im Grundgesetz erklärten „Gleichberechtigung“ und der Verpflichtung des Staates zur Beseitigung bestehender Nachteile in vielen Bereichen nicht gleichgestellt. Noch immer werden Frauen nicht genauso bezahlt wie ihre männlichen Kollegen und die Betreuung der eigenen Kinder wird sehr oft den Frauen überlassen.

Viele Frauen tragen zur Repräsentation unseres Bezirkes bei und engagieren sich in ihrer Freizeit für soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe. Ob im Frauenchor Berlin Mahlsdorf e.V., als Fußballspielerin bei Blau-Weiß Mahlsdorf/Waldesruh und jetzt auch bei Eintracht Mahlsdorf oder als Kulturschaffende im Schloss Biesdorf – überall sind es engagierte Frauen, die unsere Siedlungsgebiete mitprägen. Eine besondere Einrichtung besteht im Biesdorfer Brebacher Weg 15.

Hier befindet sich eine Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete des Landesverbandes der Volkssolidarität Berlin. Auch hier sind es vor allem Frauen, die sich um die oft traumatisierten Familien kümmern. Emanzipationsfragen spielen eine wichtige Rolle und auch die Diskussion darüber, welche unterschiedlichen Rollenvorstellungen es in Deutschland und im Herkunftsland gibt. Und die Sozialarbeiterinnen tragen dazu bei, dass geflüchtete Frauen selbstbestimmt ihren eigenen Weg in unsere Gesellschaft gehen können.

Der internationale Frauentag ist und bleibt vor allem ein internationaler Kampftag für die Gleichberechtigung. Er ist aber auch Anlass für Dank und Wertschätzung. So lädt das Bündnis für Demokratie und Toleranz am 8. März ab 9.30 Uhr zum Frauenfrühstück in das Freizeitforum Marzahn ein, im Café Mahlsdorf gibt es ab 10 Uhr ein Frühstücksbuffet für Frauen und im Schloss Biesdorf findet um 11 Uhr im Konzertsaal mit dem Pianisten Thomas Krüger ein Konzert statt. Hier ist das Stadtteilzentrum Biesdorf zu Gast im Schloss. Um 12 Uhr beginnt eine Demonstration des FrauenNetzes Marzahn-Hellersdorf am S-Bahnhof Ahrensfelde und um 13 Uhr findet wie jedes Jahr die Gedenkstunde „Rosen für Clara“ im Clara-Zetkin-Park statt.

Ich möchte hier auch gegenüber den vielen Frauen im Bezirk und auch meinen Genossinnen in unserem Bezirk meine Wertschätzung zeigen. Und ich bin im Kampf für die Gleichberechtigung an ihrer Seite!

KLAUS-JÜRGEN DAHLER
Bezirksverordneter

Unternehmerfrühstück:

Zu Wohnungs- und Gewerbemieten

Zum Unternehmerfrühstück am 31. Januar 2020 begrüßten Petra Pau und der Vorsitzende des Unternehmerverbandes (Berlin-Brandenburg) OWUS, Dr. Rolf Sukowski, den wirtschaftspolitischen Sprecher der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, Harald Gindra.

Eingangs ging Harald Gindra auf den am Vortag vom Berliner Abgeordnetenhaus gegen die Stimmen von CDU, FDP und AfD beschlossenen Mietendeckel ein. Da gegen den Mietendeckel wie angekündigt geklagt werden wird („Jeder Eingriff ins Privateigentum wird beklagt“), gab er seiner Hoffnung Ausdruck, dass wesentliche Regelungen des Gesetzes Bestand haben werden. Privateigentümer vergäßen oft, dass Eigentum verpflichte – und zwar im gemeinnützigen Sinne.

Er verwies auch darauf, dass der Mietendeckel ein Verbotsgesetz ist. Das heißt, wenn Mieter von den Regelungen betroffen sind, dann müssen sie sich selbst gegenüber dem Vermieter durchsetzen. Hilfe erhalten sie dabei natürlich von Mieterberatungen und Ämtern.

Der Mietendeckel regelt den Umgang mit dem Wohnungsbestand, er ist kein Wohnungsbauprogramm. Harald Gindra stellte zugleich fest, dass in den letzten Jahren „die Großen“ nur sehr wenig in Neubau investiert haben. Ihr Hauptfeld war die Verwertung des Bestandes (Modernisierung, Mietsteigerung) und dessen Umschlag. Es wurde viel gekauft und wieder verkauft und dann weiterverkauft ..., „ohne dass etwas passierte“. In der Stadt wurden ca. 60 Tsd. Wohnungsbaugenehmigungen erteilt, aber gebaut wurden im Jahr 2019 nur 16 000 Wohnungen. Hier gibt es eindeutig Luft nach oben. Auch sollten neue Vorschläge zu industriellem Wohnungsbau mehr berücksichtigt werden, wie ein Teilnehmer in der lebhaften und konstruktiven Diskussion forderte.

Verschiedene (große) Wohnungsgenossenschaften haben sich heftig gegen den Mietendeckel gewehrt, obwohl sie von dessen Regelungen gar nicht so stark betroffen sind. Bei einigen Genossenschaften sei der Genossenschaftsgedanke verloren gegangen, sie fühlen sich als Vermieter. Dabei gäben Genossenschaften ja eigentlich ein Beispiel, dass Wohnungswirtschaft auch ohne spekulative Zwecke gut funktionieren kann. Harald Gindra räumte jedoch zugleich ein, dass die Genossenschaften im Vorfeld tatsächlich etwas „stiefmütterlich“ behandelt worden wären, sei es bei der Kommunikation oder auch bei der Flächenvergabe für Wohnungsbauvorhaben.

Das zweite, etwas weniger beleuchtete Thema waren die Gewerbemieten, die in den Innenstadtlagen auch rasant steigen und zur Verdrängung von Kleingewerbe, Handwerkern und kleiner Gastronomie führen. Ein Grund hierfür ist die wachsende Flächenkonkurrenz durch verschiedene Nutzungen in der wachsenden Stadt Berlin. Steigende Mieten sind in den Außenbezirken wie Marzahn-Hellersdorf noch nicht so brisant, dafür aber die Flächenkonkurrenz. Deshalb gibt es im Senat die Idee, wieder kommunale Gewerbehöfe zu installieren.

HILKA EHLERT
Bezirksverordnete

Aus dem Bezirksvorstand:

Innehalten – Aushalten – Ableiten

Mit diesen drei Schlagworten lässt sich die Herangehensweise an Themen durch den Bezirksvorstand im Februar kurz und knapp zusammenfassen.

Wie auch in zahlreichen Basisorganisationen wurden der Ablauf und die Geschehnisse des „Stillen Gedenkens“ am 25. Januar auf dem Parkfriedhof, die aktuellen politischen Ereignisse in Thüringen und teilweise auch zuletzt jene der Bürgerschaftswahl in Hamburg retrospektiv betrachtet. Hier, am oben genannte Dreierhythmus aus „Innehalten – Aushalten – Ableiten“, setzt nun für den Bezirksvorstand die sich daraus ergebende, notwendige Handlungsweise für das weitere politische Wirken und die künftige politische (Vor-)Arbeit an: weitere Konkretisierungen von Planung, Organisation und Durchführungen der nächsten Versammlungen, Gedenktage und Veranstaltungen.

Zudem durfte der Bezirksvorstand einen Gast begrüßen: Die Schatzmeisterin des Landesverbandes Berlin wies die Anwesenden in die Finanzplanung des Jahres 2020 ein. Ihre ausführlichen und anschaulichen Erläuterungen betrafen sowohl die Planungen für den Berliner Landesverband als auch die einzelnen Bezirksverbände, selbstredend mit Schwerpunktsetzung auf Marzahn-Hellersdorf. Zwei wesentliche und sicherlich interessante Zahlen sollen den dies Lesenden nicht vorenthal-

ten werden: Die Mitgliederzahl des Landesverbandes Berlin der Partei DIE LINKE betrug per 31.12.2019 7.643, wovon 10 Prozent – genauer: 768 Genoss*innen – im Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf organisiert sind.

Des Weiteren war der Austausch über Anliegen der Wahlkreise essentieller Bestandteil unserer Treffen. Bei allen Gesamtmitgliederversammlungen wurden neben der Regierungsbildung in Thüringen auch die aktuelle Strategiedebatte der LINKEN thematisiert und erörtert. Im Wahlkreis 1 war die Thematik der Ortsumfahrung Ahrensfelde ein wichtiger Tagesordnungspunkt sowie das Ergebnis dessen: Eine Bürgerinitiative aus Marzahn-Nord und Bürger*innen aus Ahrensfelde erarbeiten eine gemeinsame Erklärung gegen die aktuell vorliegende Variante 2 der Ortsumfahrung. Zum Abschluss der Beratung stellte der Vorsitzende der Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf das Ergebnis der von der „Arbeitsgemeinschaft Freibad“ in Auftrag gegebenen Machbarkeitsstudien vor und lobte hierbei besonders die gemeinsame Linie der demokratischen Parteien für die Präsentation dreier geeigneter Standorte sowie der Findung eines finalen Modells und Standortes.

KARIN MÜLLER

Freibad in Sicht! - Machbarkeitsstudien vorgestellt

Seit der Schließung des Wernerbads in Kaulsdorf wird in Marzahn-Hellersdorf für ein eigenes Freibad gestritten. Bisher waren alle Versuche, eine geordnete Bademöglichkeit für unseren Bezirk zu schaffen, erfolglos. Dies lag auch daran, dass es keine gemeinsame Position unter den Parteien und Fraktionen für die Umsetzung dieses Ziels gab. Die SPD stritt in der vergangenen Wahlperiode für eine Bademöglichkeit im Tierpark, die sich jedoch in Luft auflöste. Der Bezirk ging letztlich in der vergangenen Wahlperiode auch deswegen leer aus, weil der damalige CDU-Sportsenator Henkel keinen Bedarf für ein Freibad bzw. ein Kombibad sah.

In dieser Wahlperiode haben sich auf Initiative der LINKEN erstmals alle in der Bezirksverordnetenversammlung vertretenen Fraktionen zusammengeschlossen, um einen gemeinsamen Weg für ein Freibad auszuloten und zu beschreiten. Hierzu wurde eine Arbeitsgruppe gegründet. Diese erarbeitete einen umfangreichen Arbeitsauftrag für das Bezirksamt. Kernpunkt darin waren die Suche und Prüfung eines geeigneten Standortes. Insgesamt 20 Vorschläge wurden zusammengetragen. Nach einer ersten groben Prüfung kamen sieben Standortvorschläge in eine vertiefte Analyse. Das Bezirksamt beauftragte hierzu die Ausarbeitung entsprechender Machbarkeitsstudien, die durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen finanziert wurden. Die Ergebnisse wurden nun offiziell der Arbeitsgruppe übergeben und der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die durchgeführten Machbarkeitsstudien ergeben drei mögliche Standorte für den Bau eines Freibads: die Errichtung eines Badeschiffs im südlichen Bereich des Biesdorfer Baggersees mit

dazugehöriger Infrastruktur, den Bau eines Freibads am Biesdorfer Friedhofsweg nördlich der B1/B5 sowie die Nutzung von Flächen des Jelena-Santic-Friedensparks in Hellersdorf für ein künftiges Freibad. Die beiden letztgenannten Standorte können auch zu einem Kombibad ausgebaut werden.

Die AG Freibad wird sich zusammen mit dem Bezirksamt mit den Vor- und Nachteilen der drei Standorte befassen. Ziel ist es, der Bezirksverordnetenversammlung einen Vorschlag zu unterbreiten, welcher Standort als gemeinsame Position für die Errichtung eines Freibads gegenüber dem Senat vertreten werden soll.

Endlich ist es gelungen, dem Ziel eines Freibads für Marzahn-Hellersdorf tatsächlich näherzukommen. Nun kommt es darauf an, einen der drei Standorte zu favorisieren und gemeinsam gegenüber dem Senat und den Berliner Bäderbetrieben für den Bau des Freibads zu kämpfen.

Sehr bedauerlich ist, dass sich die CDU offenbar von der gemeinsamen Arbeit der Arbeitsgruppe zurückgezogen hat. Anders ist es kaum zu verstehen, dass die CDU Wuhletal der Veröffentlichung der Studienergebnisse vorgegriffen und den nun anstehenden Auswahlprozess übergangen hat. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass alle Vorschläge vorurteilsfrei gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern beraten werden.

Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudien können hier eingesehen werden: <https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/aktuelles/pressemitteilungen/2020/pressemitteilung.896081.php> Rückmeldungen, Fragen und Hinweise können gerne an folgende Adresse geschickt werden: freibad@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

KRISTIAN RONNEBURG, MdB

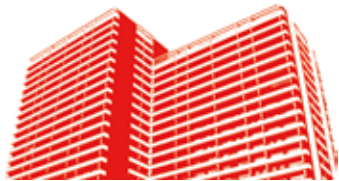
Petra Pau (MdB): AfD

Am 5. Februar 2020 wählten CDU, FDP und AfD Thomas Kemmerich (FDP) zum thüringischen Ministerpräsidenten. Seither überschlagen sich die Nachrichtenmeldungen und politischen Analysen dazu. Viele sprechen jetzt zurecht von einem überholten Antikommunismus mit dem Ziel, die Wahl Ramelow's zu verhindern, oder gar von einem politischen Dammbbruch. Von der AfD lässt man sich nicht in Ämter wählen, und mit ihr zusammen macht man keine Politik. Aber wie sieht die Politik der AfD – der selbstinszenierten „Partei der kleinen Leute“ – eigentlich konkret aus? Wie steht diese vermeintliche „Alternative“ zu sozialen Themen, zu Miete und Wohnen? Um diese Fragen zu beantworten, lohnt sich ein Blick in den Bundestag.



Schaut man allein auf die letzten zwei Monate politischer Auseinandersetzung im Plenum, wird schnell klar, dass die AfD wenig Interesse an einer sachlichen Auseinandersetzung hat. So behindert sie immer wieder aktiv fachliche Debatten und nutzt diese stattdessen dazu, ihre migrationsfeindlichen Positionen in den Mittelpunkt zu stellen. Bei der wichtigen Debatte zur Verlängerung der Mietpreisbremse beispielsweise nutzte ein Abgeordneter seine Redezeit, um eine angeblich eingeschränkte Meinungsfreiheit und eine „sozialistische Marktwirtschaft“ zu beklagen. Die AfD hat zudem immer noch kein Rentenkonzept vorgelegt, zeigt jedoch Woche für Woche ganz offen ihre neoliberalen Bestrebungen. Mit der Ablehnung des Antrags der LINKEN „Betriebsräte vor mitbestimmungsfeindlichen Arbeitgebern schützen“ offenbarte die AfD erneut, dass sie vor allem die Interessen der Arbeitgeber vertritt. Ganz auf dieser Linie steht die AfD auch in der Mietenfrage an der Seite von Immobilienkonzernen, Vermietern und Spekulanten und gegen die Interessen der Mieter. Beim Abgeordneten Brandner hörte man die deutliche Forderung nach einer Deregulierung des Wohnungsmarktes: „Die AfD ist die einzige Partei, die standhaft bleibt und sagt: kein enteignungsgleicher Eingriff, kein Mietendeckel, keine Mietenfräse ...“. Während die AfD bei den Sozialsystemen deutlich streichen will, steht sie für eine gigantische Ausweitung des Rüstungsetats. Hier sollen die Ausgaben in kurzer Zeit auf bis zu 70 Mrd. Euro erhöht werden (heute sind es ca. 45 Mrd. Euro).

Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung müssen wir notwendigerweise nicht nur darüber reden, dass man mit der AfD nicht kooperiert, sondern warum man es nicht tut. Dazu gehört es auch, die neoliberale Politik dieser Partei zu entlarven und dem elendigen Gerede vom Hufeisen entschlossen etwas entgegenzusetzen.



Bericht zur Bezirksverordnetenversammlung am 27. Februar 2020

Resolution: Solidarität mit Aktionen des FrauenNetzes Marzahn-Hellersdorf

Die Februar-Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) begann mit einer Schweigeminute für die Opfer im hessischen Hanau, die von einem Rechtsterroristen Mitte Februar in zwei Shisha-Bars ermordet wurden. Es ist nicht leicht, dann zur Tagesordnung überzugehen, und doch verlangte diese unsere vollste Aufmerksamkeit.

Nur noch Trockenschwimmen?

In seinem Bericht aus dem Bezirksamt sprach Gordon Lemm (SPD), Bezirksstadtrat für Sport, über die desolade Schwimmhallen-Situation unseres Bezirks. Im Januar wurde bekannt, dass die Schwimmhalle „Helmut Behrendt“ am Helene-Weigel-Platz 2020 geschlossen bleiben muss. Lemm berichtete nun, dass ein Teil des Schulschwimmens eventuell im Freizeitforum Marzahn stattfinden könnte. Dafür hat er sich nun an die Senatsverwaltung gewandt, um gemeinsam mit dem Schulamt, dem Freizeitforum und mit den Berliner Bäderbetrieben über diese Möglichkeit zu sprechen. Bjoern Tielebein, unser Fraktionschef, fragte nach, ob auch der Vereinssport im Freizeitforum untergebracht werden könne. Leider könne nur ein kleiner Prozentsatz des Vereinsschwimmens kompensiert werden, so Lemm.

Berliner Register am Pranger

Eine Große Anfrage der AfD-Fraktion führte zu einer heftigen einstündigen Diskussion: Nur wenige Tage nach den rassistischen Morden in Hanau diffamierte die AfD-Fraktion mit ihrer Anfrage die Arbeit des Berliner Registers zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle und bezeichnete diesen

als „Online-Pranger“. Heftige Gegenreden kamen aus unserer Fraktion und von Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle (DIE LINKE), die betonte, wie wichtig die Arbeit dieser Stellen sei, gerade im Lichte der gewaltvollen Ereignisse in Hanau. Unser kulturpolitischer Sprecher Olaf Michael Ostertag erinnerte die AfD-Fraktion daran, dass Gedanken zu Worten und Worte zu Taten werden: Rassistische Rhetorik und rassistische Taten stehen in einem Zusammenhang. Und hier ist klar die AfD in Verantwortung.



Theater am Park

Zu unserer Großen Anfrage zur geplanten Sanierung des Theaters am Park (TaP) antwortete die zuständige Bezirksstadträtin Frau Zivkovic, dass der Bezirksamtsbeschluss zur Sanierung und künftigen Entwicklung des Theaters am Park noch einer Aktualisierung bedarf. Die so genannten GRW-Fördermittel - „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ - seien aber zugesagt und die Senatsverwaltung habe Mit-

tel für Personal zur Umsetzung des Beschlusses versprochen. Noch offen ist, in welches Fachvermögen das TaP gehen soll. Die Wirtschaftsförderung und der Kulturbereich können die Sanierung und Unterhaltung nicht aus eigenen Mitteln bestreiten. Würde das TaP in das Sondervermögen für Daseinsvorsorge und nicht betriebsnotwendige Bestandsgrundstücke des Landes Berlin (SODA) überführt werden, verfielen die GRW-Fördermittel, so Zivkovic. Eine Idee des Bezirksamtes ist nun, das TaP in ein Sondervermögen im Verantwortungsbereich der Bezirksbürgermeisterin mit Kostenbeteiligung aus dem gesamten Bezirksamt

zu überführen. Der Beirat „Theater am Park“ soll im Mai gebildet werden und mit Anwohner*innen in die Planung der Sanierung mit einbezogen werden.

Resolution zum Frauentag

Der 8. März mag ein symbolischer Tag sein, aber er ruft die gesellschaftlichen Realitäten in Erinnerung. Deshalb hat unsere gleichstellungspolitische Sprecherin Sarah Fingarow eine Resolution eingebracht in der Hoffnung, dass sich alle Bezirksverordneten aus Marzahn-Hellersdorf solidarisch mit dem bezirklichen FrauenNetz zeigen, das am 8. März zu einer Demonstration mit dem Titel „Jeder Tag ist Frauentag“ aufruft und sich für ein gesellschaftliches und politisches Umdenken einsetzt. Dieser Antrag wurde mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Beschlossene Drucksachen:

- Solidarität mit Aktionen des FrauenNetzes Marzahn-Hellersdorf zum Frauentag
- Zu einem Gewerbehof für Marzahn
- Förderung von Carsharing und E-Mobilität im Bezirk - Einrichtung von Mobilitätspunkten
- Klimaschonende Grünflächenpflege
- Unterstützung der Kindergärten und Schulen von in der Verstetigung befindlichen Quartiersmanagement-Gebieten
- Öffentliche Nahverkehrsanbindung der Augenklinik am Brebacher Weg verbessern
- Abstimmung zum Bürgerhaushalt barrierefrei und datensicher umsetzen
- Tarifbindung für das Schulcatering und für weitere öffentliche Aufträge sicherstellen
- Arbeitsfähigkeit des Gesundheitsamtes herstellen und sicherstellen (überfraktionell)
- Nachnutzung von Containern der ehemaligen Tempo-Homes (überfraktionell)
- Wiederaufbau Kinder- und Familientreff Blockhaus (überfraktionell)
- Treppenmarkierungen im öffentlichen Raum (überfraktionell)
- Schaffung einer Verbindung zwischen Dorfkern Alt-Marzahn und Hochhaussiedlung Marzahn Mitte (überfraktionell)
- station urbaner kulturen unterstützen (überfraktionell).

MAGDA ALBRECHT, THOMAS BRAUNE

Möbelmarkt mitten im Wohngebiet? Bebauung an der Trusetaler Straße neu denken!

Auf der nördlichen Hälfte der sogenannten Allkauf-Fläche an der Wuhletalstraße/Trusetaler Straße/Märkische Allee baut Bonava aktuell sechs Wohngebäude mit Miet- und Eigentumswohnungen. Diese Wohnungen befinden sich auf einer Fläche, die dem Bebauungsplan 10-60a zugeordnet sind. Dieser Bebauungsplan sowie jener für den südlichen Teil der Fläche (10-60b) sahen beide ursprünglich eine Nutzung für Gewerbe vor. Mit dem Bau der Wohnungen hat sich die städtebauliche Situation komplett verändert. Der nach wie vor geplante Möbelmarkt auf der südlichen Fläche wäre an drei Seiten von Wohngebäuden umgeben.

Da der Eigentümer der südlichen Fläche - die Möbelmarktkette XXXLutz - plant, die Verkaufsfläche zulasten der

Lagerfläche zu erhöhen, hat das Bezirksamt ein Änderungsverfahren mit der Aufstellung des Bebauungsplanes 10-103 für diese Fläche eingeleitet. Laut Aufstellungsbeschluss zu diesem Bebauungsplan liegt in Marzahn-Hellersdorf die Ausstattung mit Möbelverkaufsfläche je Einwohner*in bei rund 0,43 m² und ist damit berlinweit am höchsten. Ein weiterer Möbelmarkt, zumal in dieser Lage, kann nicht im Interesse der Menschen sein und verschlechtert die Wohnqualität durch eine nochmals erhöhte Verkehrsbelastung und eine wenig erfreuliche Aussicht auf eine riesige Verkaufshalle.

Daher fordern wir, die planungsrechtliche Genehmigung eines Möbelmarktes im Innenbereich dieses Wohngebiets dringend zu überdenken. Das Bezirksamt fordern wir auf, mit beiden Investo-

ren - XXXLutz und Bonava - über eine verträgliche Nutzung des Geländes im Sinne der Anwohner*innen zu sprechen sowie die Bearbeitung des Bebauungsplanes 10-103 vorerst ruhen zu lassen. Denkbar wäre etwa, dass XXXLutz seine Fläche an Bonava veräußert und eine weitere Nachverdichtung mit Wohnungen, Parkplätzen und sozialer Infrastruktur stattfindet. Auch die Zulassung eines Verbrauchermarktes mit höchstens 800 m² Verkaufsfläche wäre denkbar und für das Wohngebiet nützlicher als der geplante Möbelmarkt. Besonders dringend ist aus unserer Sicht vor allem, dass das Bezirksamt schnell mit den Anwohner*innen ins Gespräch kommt und diese umfassend über den aktuellen Stand der Planungen informiert. Unser Antrag wird nun im Ausschuss für Stadtentwicklung beraten.

BJOERN TIELEBEIN, Fraktionsvorsitzender



Nicht wegschauen, aber laut werden!

Immer wieder kommt es in unserem Bezirk zu extrem rechten Aktivitäten. Wir brauchen sichtbaren zivilgesellschaftlichen Widerstand, sagen Bjoern Tielebein, Fraktionschef der Linksfraktion, und Kristian Ronneburg, Bezirksvorsitzender der LINKEN Marzahn-Hellersdorf.

Im Februar kam es in Marzahn-Hellersdorf erneut zu einer Bedrohungssituation vor einer Unterkunft für geflüchtete Menschen. Ein 27-jähriger Mann schoss mit einer Waffe in die Luft und rief rassistische Drohungen. Die Polizei konnte den Täter wenig später festnehmen und Ermittlungen einleiten. Wenige Wochen zuvor, im Januar 2020, wurden zwei junge Bürger von einem Mann vor einem Fitnessstudio in Marzahn rassistisch beleidigt und bedroht. Der Täter war gewalttätig, die Opfer mussten sich verteidigen.

Hinzu kommt, dass der Bezirk seit Monaten eine massive Zunahme neonazistischer Propaganda erlebt. NS-verherrlichende Aufkleber und Hakenkreuz-Schmierereien sind dabei nur die Spitze des braunen Eisbergs. Und auch die NPD versucht durch verstärkte Aktivitäten wieder von sich reden zu machen. Nach

einer Zeit der teilweisen öffentlichen Inaktivität, versuchen die Neonazis der extrem rechten Partei durch Kundgebungen (z.B. im Dezember 2019 am Marzahner Eastgate) und ähnlichen Veranstaltungen (Feier zur Wintersonnenwende im Dezember 2019) wieder in die Offensive zu kommen. Schon die sogenannte Schutzzone-Kampagne 2018/2019 stellte einen deutlichen Versuch der öffentlichen Einschüchterung dar. Anhänger der Nazi-Partei

tauchten zu jener Zeit sogar vor einer Schule in Hellersdorf auf.

Diese spürbare Zunahme extrem rechter Aktivitäten ist äußerst besorgniserregend. Sie bedürfen unserer ständigen Aufmerksamkeit und dürfen nicht ignoriert werden. Gerade die neuerlichen Bedrohungen und gewalttätigen Übergriffe müssen entschieden und hörbar verurteilt werden. Die extrem rechten Täter müssen auf den sichtbaren Widerstand der Zivilgesellschaft treffen.

Die rechtspopulistische und in Teilen extrem rech-



Marina Richter-Kastschajewa und Bjoern Tielebein bei „Schöner leben ohne Nazis“

te AfD versucht im Bezirk Marzahn-Hellersdorf von dieser Entwicklung abzulenken. Stattdessen nimmt sie immer wieder jene ins Visier, die über neonazistische, rassistische und antisemitische Aktivitäten informieren und sich gegen diese zur Wehr setzen. Die bezirkliche Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung und die beiden Registerstellen sind ständigen politischen Angriffen der AfD ausgesetzt. Auch Vereine, Jugendeinrichtun-

Die nächste öffentliche Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung findet am Donnerstag, dem 26. März 2020, 17 Uhr, im Freizeitforum in der Marzahner Promenade statt.

gen und andere Initiativen, die sich für ein demokratisches und respektvolles Miteinander in unserem Bezirk engagieren, geraten in den Fokus der rechtspopulistischen und in Teilen extrem rechten Partei. Wir wiederholen an dieser Stelle, was unsere Partei und Fraktion immer wieder deutlich machen: Wir stellen uns vor all jene, die von der AfD und ihren Vertreter:innen bedroht werden. Niemand darf allein gelassen werden. Es bedarf eines solidarischen Schulterschlusses gegen die Versuche von Rechten, die Demokratie auszuhöhlen. Wir streiten in der BVV mit den uns gegebenen parlamentarischen Mitteln sowie auf der Straße mit friedlichem Protest für ein buntes und vielfältiges Marzahn-Hellersdorf. Die Linksfraktion und DIE LINKE Marzahn-Hellersdorf unterstützen die Arbeit des bezirklichen Bündnisses für Demokratie und Toleranz. Wir werden auch weiterhin mit dafür Sorge tragen, dass die Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung und die beiden Registerstellen ihre Arbeit in Marzahn-Hellersdorf ungehindert durchführen können. Die BVV und das Bezirksamt haben mit dem Doppelhaushalt 2020/2021 die Koordinierungsstelle finanziell gestärkt. Dies muss sich künftig fortsetzen. Es bedarf auch zusätzlicher Mittel, um gerade die Initiativen von Bürger:innen zu unterstützen.

Ein Wochenende in Brandenburg

Ende Februar hat es uns nach Fredersdorf in Brandenburg verschlagen, um ein Wochenende Fraktionsklausur abzuhalten. Wir haben über die Aufstellung von Bezirkshaushalten, unsere Arbeitsweise als Fraktion sowie politische Herausforderungen und Schwerpunkte bis zum Ende der Wahlperiode diskutiert. Neben den Abgeordneten Dr. Manuela Schmidt, Regina Kittler und Kristian Ronneburg hatten wir ebenfalls Dr. Jens-Peter Heuer, Referent für Haushalt und Finanzen für die Linksfraktion, zu Gast. Mit dabei waren auch Dagmar Pohle und Juliane Witt. Konkrete Inhalte unserer Diskussion werden wir zeitnah veröffentlichen. Aktuelle Informationen gibt es wie immer online auf linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de

MAGDA ALBRECHT



Dr. Manuela Schmidt (MdB): Was hat der Mietendeckel mit Linksextremismus zu tun?

Am Sonntag, 23. Februar 2020, trat das Gesetz für den Mietendeckel in Kraft. Wir wollen damit Mietenexplosion und Verdrängung stoppen und dabei alle Möglichkeiten ausschöpfen, die wir auf Landesebene haben. Es ist ein Gesetz, auf das 1,5 Millionen Mieterinnen und Mieter in Berlin warten. Und doch haben die Abgeordneten von CDU- und FDP-Fraktion nichts Eiligeres zu tun, als schnellstmöglich eine Klage vor dem Verfassungsgericht einzureichen. Spätestens bis zum Sommer soll das erfolgen. Doch worum geht es diesen beiden Parteien wirklich? Um die Bürgerinnen und Bürger geht es ihnen doch schon längst nicht mehr. Spätestens mit den Wahlergebnissen aus Thüringen und mehr noch seit dem Tabubruch mit der Wahl des FDP-Ministerpräsidenten in Erfurt pflegen zahlreiche Abgeordnete aus CDU und FDP auch hier in Berlin ihren tief verwurzelten Antikommunismus. Es vergeht kaum eine Plenarsitzung im Abgeordnetenhaus, ohne dass CDU und FDP fordern, dass die Koalition konsequent gegen Linksextremismus vorgeht. Was sie dabei verkennen ist, dass wir das selbstverständlich tun! Doch unstrittig ist und bleibt, dass die tatsächliche Gefahr von rechts ausgeht! Die Opfer von Halle, der Mord an Walter Lübcke, die Opfer von Hanau - das müsste alle Demokraten einen! Der Kampf gegen Rassismus, Diskriminierung und Antisemitismus war bisher im Abgeordnetenhaus Grundkonsens im Handeln

aller demokratischen Fraktionen, doch der letzten Entschließung der Koalition gegen Antisemitismus ist nur die FDP beigetreten. Die Debatte zur Streichung Hindenburgs von der Ehrenbürgerliste Berlins auf Antrag der Koalition ist anhörenswert, zeigt sie doch sehr deutlich, wie unterschiedlich das Verständnis von Demokratie ist.

Um so wichtiger ist es, dass wir gerade im 75. Jahr der Befreiung vom Hitlerfaschismus keine Gelegenheit auslassen, insbesondere gemeinsam mit unseren jungen Menschen, mit Schülerinnen und Schülern, für die unzähligen Opfer in Vergangenheit und Gegenwart die Geschichte aufzuarbeiten und die Parallelen in der Gegenwart aufzudecken, denn der Kampf um Demokratie ist wichtiger und dringender denn je. Da berührt es mich zutiefst, dass wir auch in diesem Jahr am 22. Januar wieder eine großartige Abschlussveranstaltung des Jugendforums DenkMal im Abgeordnetenhaus erleben durften. Unter die Haut gingen dabei insbesondere zwei Aufführungen - zum einen „Music United“ von unserer Jugendeinrichtung Roter Baum, ein gemeinsames Projekt junger Menschen aus Marzahn, Portugal und Israel. Und zum zweiten das Projekt einer Friedenauer Grundschule „Das muss ja mal gesagt werden!“ mit Schülerinnen und Schülern im Alter von 9 und 10 Jahren. Das macht Mut! Denn Demokratie gibt es nicht geschenkt! Und wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur wieder auf!

Tipps zum Thema:

Das Gesetz zur Mietenbegrenzung im Wohnungswesen in Berlin (MietenWoG Bln), der sog. Mietendeckel, wurde am 30.01.2020 vom Berliner Abgeordnetenhaus beschlossen und ist am 23.02.2020 in Kraft getreten. Fragen und Antworten zum Mietendeckel: www.berliner-mieterverein.de www.linksfraktion.berlin/mietendeckel/ www.dielinke.berlin/mietendeckel www.mietendeckel.berlin.de

Kein jahrtausendfernes Inferno

Nahtod-Erfahrungen ermutigen
NATO entmutigt:
bei Bündnisfall Automatismus des Grauens
wie 1914
gruftdunkles Fazit
nichts dazugelernt

JÜRGEN RIEDEL

Zeitkapsel

Beunruhigend ruhig
Warten auf morgen

JANINA NIEMANN-RICH

In Erinnerung an die jüdischen Opfer des NS-Regimes in Marzahn-Hellersdorf

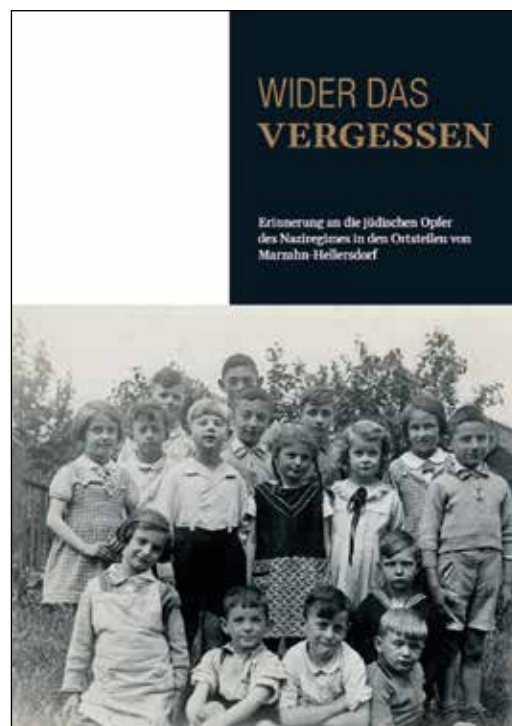
Neue Broschüre erschienen

Im Rahmen der Gedenkwoche an die Opfer der Novemberpogrome 1938, die seit 2018 durch das Bündnis für Demokratie und Toleranz am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf durchgeführt wird, ist eine Begleitbroschüre zur Stolperstein-Ausstellung in Erinnerung an die jüdischen Opfer des Naziregimes in unserem Bezirk entstanden, die jetzt vorliegt.

Marina Richter-Kastschajewa und ich sind die Initiatorinnen und Organisatorinnen dieser Woche im November mit einer Vielzahl an Veranstaltungen, wie Filmvorführungen, Gespräche, Lesungen, szenische Darbietungen. Wir richten uns mit den Veranstaltungen an alle Marzahn-Hellersdorfer*innen. Besonders wichtig ist uns, mit jungen Leuten ins Gespräch zu kommen, sie zu sensibilisieren für das, was vor mehr als 75 Jahren mit den Menschen in Deutschland geschah. In Gesprächen kommen wir immer wieder auf die Frage nach dem WARUM zurück, und was ich und du tun können, damit sich das dunkelste Kapitel der jüngsten deutschen Geschichte nicht wiederholt.

Im Rahmen der Gedenkwoche wurde auch die Ausstellung „Wider das Vergessen“ gezeigt, die seit dem November 2018 durch den Bezirk gewandert ist. In den vergangenen Monaten war sie so im Frauentreff Hellma, im Victor-Klempner-Kolleg

und Ende Januar in der Rudolf-Virchow-Oberschule. Es war von Anfang an das Ziel, sie möglichst einem breiten Publikum, Menschen jeder Genera-



tion, Kultur und Religion zu zeigen und darüber ins Gespräch zu kommen. Das gelang allein in diesem Zeitraum mit Frauen, jungen Menschen, Schüler*innen mit und ohne Fluchthintergrund.

Die Ausstellung zeigt Fotos der im Bezirk verlegten Stolpersteine und informiert über die Schicksale jüdischer Menschen, um an sie zu erinnern. Millionen von Menschen wurden während der Zeit des NS Regimes diskriminiert, gefoltert, vergewaltigt und systematisch ermordet. Es waren jüdische Menschen, Sinti und Roma, schwarze Menschen, religiöse Minderheiten wie die Zeugen Jehovas, Menschen mit Behinderungen und jene, die als „asozial“ stigmatisiert wurden, Schwule, Lesben und trans* Menschen sowie politische Gegner*innen aus unterschiedlichen Richtungen.

In dieser Broschüre, die die Ausstellung ergänzen soll, ist der Fokus - dem Anlass der Gedenkwoche entsprechend - auf die Verfolgung und Ermordung jüdischer Menschen aus Marzahn-Hellersdorf gelegt.

Zum Download der Broschüre auf der Seite der Koordinierungsstelle der Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf unter: bit.ly/Stolpersteinbroschüre

SABINE SCHWARZ
Bezirksverordnete

Zur Person: Jochen Gollbach

Dr. Jochen Gollbach war bis Februar 2020 der Leiter der Freiwilligenagentur Marzahn-Hellersdorf, die seit Oktober 2009 fest im Kiez verankert ist und seitdem für den ganzen Bezirk ehrenamtliches Engagement unterstützt und bündelt. Im Interview spricht Gollbach über die Arbeit der Freiwilligenagentur, die kürzliche durchgeführte Nacht der Solidarität und was seine nächsten Herausforderungen sind.

● Herr Gollbach, was ist das Besondere an der Freiwilligenagentur in unserem Bezirk?

J.G.: Wir haben uns schon früh sehr breit aufgestellt. Ich komme aus dem Bereich soziale Bewegungen, habe für Gewerkschaften gearbeitet und weiß daher, dass die Bandbreite des Engagements sehr groß ist - vom Kassenwart beim Kaninchenzüchterverein bis zu den 250 Freiwilligen, die bei der IGA 2017 als Volunteers die Besucher*innen bei ihren Fragen und Problemen unterstützt haben. Wir wollen auch das Engagement der Bürger*innen unterstützen, die nicht einem festen Verein angehören, sondern die sich zu dritt in der Nachbarschaft zusammenschließen und sagen: Mensch, wir brauchen hier eine Parkbank, wie bekommen wir das eigentlich hin?



FOTO: GOLLBACH

● Haben Bezirke oder Kieze bestimmte Eigenarten in Bezug auf Ehrenamt?

J.G.: Es gibt schon Unterschiede. Die berühmte Zehlendorfer Witwe, die sich altruistisch engagiert, weil ihr die Gesellschaft schon so viel geschenkt hat - die habe ich hier im Bezirk noch nicht gesehen. Es gibt allerdings schon Bedingungen, die förderlich für das Engagement sind: zum Beispiel ein geregeltes Einkommen. Wir haben aber viele Menschen, die bei uns reinkommen, die haben wenig Geld oder sind seit längerem arbeitslos. Und die wollen sich engagieren. Die sagen sich: "Ich kann, auch wenn es mir nicht so dolle geht, dazu beitragen, dass es mir besser geht und anderen auch."

Wir merken in den Gesprächen immer wieder: Es braucht sowohl Orte als auch Gelegenheiten für Engagement. Und wenn das zusammenkommt, ist es relativ leicht.

● ... so wie bei der Nacht der Solidarität, die die Freiwilligenagentur für Berlin organisiert hat.

Das Thema Obdachlosigkeit waberte schon eine Weile durch Berlin. Es gab Regionalkonferenzen, es gab viel Presse dazu. Durch die Nacht der Solidarität wurde das Thema noch prominenter. Und so haben viele gesagt: "Das ist ein wichtiges Thema, da möchte ich mit dabei sein."

● In Marzahn-Hellersdorf fanden sich rund 150 freiwilliger Zähler*innen. Gezählt wurden in ganz Berlin insgesamt 1 976 Obdachlose.

Das Projekt war ein wirkliches Mammut-Projekt. Die Idee kam erst im September 2019 auf. Es war ein bisschen wie der Umbau von Ostkreuz bei laufendem S-Bahnbetrieb. Zuerst hatten wir eine Gleichverteilung der Freiwilligen für jeden Bezirk und haben dann im Laufe des Prozesses differenziert. Letztendlich war die Anzahl von Freiwilligen in unserem Bezirk völlig ausreichend, in anderen Bezirken war mehr Bedarf. In Marzahn-Hellersdorf ist Obdachlosigkeit wenig sichtbar, einzelne Obdachlose kennt man beim Namen.

● Wie zeigen sich für Sie der Erfolg der Nacht der Solidarität, aber auch die Herausforderungen?

Als Freiwilligenagentur haben wir die Ehrenamtskoordination, wie ich finde, wirklich ordentlich hinbekommen. Dafür haben wir viel Lob erhalten. Den politischen Erfolg sehe ich darin, was für Themen aufgekommen sind, die dann besprochen wurden, auch die kritischen Beiträge: Wie ist es mit Frauen oder Kindern, die auf der Straße leben? Warum müssen sie versteckter leben als Männer? Wie viele Wohnungen werden in Berlin pro Jahr geräumt und wie produziert auch das immer mehr Wohnungslose? Oder auch: Warum kritisiert die Selbstverwaltung der Wohnungslosen die Zählung, obwohl sie Teil des Vorbereitungsteams war? Das sind alles wichtige Fragen, die jetzt eine politische Antwort brauchen.

● Sie verlassen Marzahn-Hellersdorf und gehen neue Wege.

Ich bleibe im Bereich Förderung von bürgerschaftlichem Engagement. Ich wechsle aber die Seite, wenn man so will. Ich fange bei der Stadt Kassel als Koordinator für bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt an. Ich beackere dasselbe Feld, aber nun mehr von der Förderer-Seite. Für die Freiwilligenagentur gibt es schon eine neue Projektleiterin, die zum 1. April anfängt. Ich wünsche mir, dass wir auch in Zukunft weiter immer mal wieder von außen auf unsere Arbeit schauen: Machen wir noch das Richtige und wo lassen sich neue Engagementfelder identifizieren? Das Thema bürgerschaftliches Engagement kennt keine Grenzen. Es ist toll, wenn es immer wieder neue Impulse gibt.

● Herr Gollbach, wir danken Ihnen für Ihre Arbeit und wünschen Ihnen viel Spaß bei der neuen Herausforderung!

DAS GESPRÄCH FÜHRTE MAGDA ALBRECHT

Zum Heimatverein 2020

Im 14. Pressegespräch berichteten Wolfgang Brauer und Dr. Christa Hübner über das vergangene Arbeitsjahr und zu Vorhaben des Heimatvereins MH im laufenden.

Eingangs gedachten die Anwesenden der Lebensleistungen der beiden 2019 verstorbenen Mitglieder Rainer Rau und Dr. Manfred Teresiak. Dankesworte galten den Ortschronisten Frau Sattke und Herrn Gärtner. Es werde zu wenig für die Geschichte getan, meinen auch junge Leute, doch selbst aktiv werden sie nicht. Bemerkenswert die vorgelegte HV-Publikation für 8 Euro im Format des ersten 130-seitigen „Historischen Jahrbuchs Marzahn-Hellersdorf 2019“, u.a. mit einer Fotoserie Klaus Tessmanns. Erhältlich wieder über den HV, in den beiden kleinen Buchhandlungen in Kaulsdorf und Mahlsdorf sowie im Bezirksmuseum.

Dessen bereits 2017 benannter Konflikt schwelt unverändert! Was soll das, dass die Öffnungszeiten, beschränkt auf die Werktage von Montag bis Freitag, gerade Familien und Berufstätige vor verschlossene Türen stellen und dass für die

Sammlungen und das Archiv kein Personal, nicht einmal eine fachkundige Leitung da ist und dass das Haus 2 geschlossen bleibt, obwohl dafür eine hohe Pacht zu zahlen ist? Der Heimatverein hatte bereits 2018 die Bezirksverordneten und das Bezirksamt auf ihre Verantwortung hingewiesen und zum Handeln aufgefordert - diese dringende Forderung an die Politik - nur unverbindliche Absichtserklärungen bis dato - steht unverändert. Dazu ein Anwesender: „Ein Skandal, was hier läuft!“. Gefährdet ist auch das von der Witwe Kurt Schwaens - der Komponist hatte deutschlandweite Bedeutung - mustergültig geführte Archiv. Für den Maler Otto Nagel soll es 2020 eine größere Ausstellung im Biesdorfer Schloss geben.

Die 2020'er HV-Exkursionen haben Brandenburg/Havel (29.6.) und Erkner (26.9.) zu Zielen. Exemplarisch will man Fontanes Spruch „Was man nicht weiß, sieht man nicht!“ vorführen. Auf den Tag der Regional- und Heimatgeschichte im Oktober wird zum Thema „100 Jahre Groß Berlin“ speziell mit Blick auf die komplexen Eingemein-

dungsprozesse hingearbeitet.

Im das Pressegespräch abschließenden Teil diskutierten die Teilnehmenden ausführlich die Ereignisse rund um das „Stille Gedenken“ am 25. Januar auf dem Parkfriedhof. Wolfgang Brauer tat die Presserklärung des Heimatvereins kund, die in der Entscheidung mündet, künftig die Mitträgerschaft für das „Stille Gedenken“ nicht mehr wahrzunehmen.

BERND-R. LEHMANN

„ES WÄRE EIN TROST FÜR UNSERE SCHWACHEN SEELEN UND UNSERE WERKE, WENN ALLE DINGE SO LANGSAM VERGEHEN WÜRDEN, WIE SIE ENTSTEHEN. ABER WIE DEM SO IST, DAS WACHSTUM SCHREITET LANGSAM VORAN, WÄHREND DER WEG ZUM RUIN SCHNELL VERLÄUFT.“

Lucius Annaeus Seneca (röm. Philosoph und Staatsmann; 4 v.u.Z. bis 64 n.u.Z.)

Sozialberatung im

Kiezbüro von Kristian Ronneburg

» Für die kostenlose Erstberatung steht Ihnen ein qualifizierter Anwalt zur Verfügung, der sich schwerpunktmäßig auf die Themen Sozialrecht und Hartz IV konzentriert. Im Rahmen der Beratungen können Sie kostenlos all Ihre Fragen und Sorgen ansprechen. Für den professionellen juristischen Rat wird der Anwalt Lutz Achenbach vor Ort sein.

Wir bitten Sie um Voranmeldung, um einen möglichst reibungslosen Ablauf sowie eine private Atmosphäre zu ermöglichen. Diese kann während der Öffnungszeiten telefonisch im Kiezbüro: 030/47057520 oder schriftlich unter folgender E-Mail Adresse: volkert@wk.linksfraktion-berlin.de erfolgen. Adresse Kiezbüro: Cecilienplatz 5, 12619 Berlin

Ausstellung

» **10.1. bis 12.3., Ausstellung** mit Werken von **Ulrich Uffrecht**, Künstler aus Biesdorf, Ausstellungsort: Kiezbüro von Kristian Ronneburg, Cecilienplatz 5, 12619 Berlin, zu besichtigen während der Öffnungszeiten des Kiezbüros

Rosen für Clara

» **8.3., 13 Uhr, Gedenkstunde am Clara-Zetkin-Denkmal** in Marzahn-NordWest, zwischen Niemecker und Wittenberger Straße, zuvor um **12 Uhr** ab S-Bahnhof Ahrensfelde **Demonstration**, zu der ebenfalls das Frauennetz Marzahn-Hellersdorf einlädt

Hauptversammlung

» **21.3., 10 - 17 Uhr**, Theater am Park, Frankenholzer Weg 4, 12683 Berlin, 2. Tagung der 7. Hauptversammlung mit den Themen: Wahlen 2021, Wahlen von Ersatzdelegierten für den 7. Landesparteitag, Delegierten und Ersatzdelegierten für den 8. Landesparteitag, BV-Mitgliedern (Frauen) Mitgliedern der Bezirksfinanzrevisionskommission (Frauen)

Rotes Sofa

» **24.3., 18 Uhr**, Abgeordnetenbüro Kittler und Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin, zu Gast ist Harald Kretzschmar „Stets erlebe ich das Falsche: Der alternative Kunstreport“

Soziales Wohnen in Marzahn-Hellersdorf

» **30.3., 18.30 Uhr**, Altes Rathaus Marzahn, Helene-Weigel-Platz 8, 12681 Berlin, mit Senatorin Katrin Lompscher und Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle (beide DIE LINKE). Der Mietendeckel für Berlin kommt!

Für bezahlbares Wohnen und eine zukunftsweisende Mietropolitik sind die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften unerlässlich. Was der Mietendeckel für Marzahn und Hellersdorf bedeutet, wie er genau funktioniert und wie er vor Ort umgesetzt wird, diskutieren wir mit der Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, Katrin Lompscher, und Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle.

Hinten links:

Rüstungsgelder

Der 1. März war in der DDR der Tag der Nationalen Volksarmee.

Die Bundeswehr ist eine „Parlamentsarmee“.

Zu deren gegenwärtigem Zustand gab der Wehrbeauftragte jüngst einen besorgniserregenden Bericht.

Russland gibt etwa ein Viertel dessen, was die VR China, bzw. ein Fünftel dessen aus, was die USA jährlich in die Rüstung stecken.

Deutschland gibt fast ebenso viel wie Russland für Rüstung aus – messen kann sich die Bundeswehr jedoch mit der Stärke und Kampfkraft anderer Streitkräfte nicht.

Frage

Wohin fließen, versickern, verpulvern die deutschen Rüstungs-Milliarden?

R. RÜDIGER

Bezirksvorstand

» **17.3., 7.4.** jeweils 19 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Beratung des Bezirksvorstandes

Basis-Koordinierungsberatungen

» **5.3., 9.4.**, jeweils **19 Uhr**, BO WK 1, Golferia, Wittenberger Straße 50, 12689 Berlin

» **10.3., 18.30 Uhr**, BO WK 2, Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» **1.4., 18 Uhr**, BO WK 4, Wahlkreisbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» **14.4., 19 Uhr**, BO WK 3 + 6, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

Treffen in den Wahlkreisen

» **10.3., 19 Uhr**, Treffen aller in den Wahlkreisen 3 und 6 wohnenden Mitglieder, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin

» **6.4., 18 Uhr**, Treffen aller im Wahlkreis 1 wohnenden Mitglieder, Golferia, Wittenberger Straße 50, 12689 Berlin

Sprechstunde Petra Pau (MdB)

» **19.3.** jeweils **10-12 Uhr**, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, **19.3., 15 - 17 Uhr**, Bürgerstübchen Mahlsdorf, Hultschiner Damm 94, 12623 Berlin, um telefonische Anmeldung unter: 030 99289380 wird gebeten.

Sprechstunden Dr. Manuela Schmidt (MdB)

» Terminvereinbarung im Wahlkreisbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin Telefon: 030 54980323

Sprechstunden Regina Kittler (MdB)

» Terminvereinbarung im Wahlkreisbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin, Telefon: 030 54980322

Sprechstunden Kristian Ronneburg (MdB)

» Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat im Kiezbüro von 16 Uhr bis 18 Uhr, Cecilienplatz 5 (Öffnungszeiten: mo 12-15 Uhr, di 15-19 Uhr, mi 16-18 Uhr, do 10-15 Uhr), Telefon: 030 47057520

Abgeordnetenbüros

» **Dr. Manuela Schmidt** (MdB), Telefon: 030 54980323, und **Regina Kittler** (MdB), Telefon: 030 54980322, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» **Kristian Ronneburg** (MdB), Tel. 030 47057520, Cecilienplatz 5, 12619 Berlin

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE**, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mo 16-18 Uhr, di 9-12 Uhr, mi 15 - 17 Uhr, do 15-18 Uhr, Tel.: 030 902935820, E-Mail: fraktion@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Geschäftsstelle / Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Tel.: 030 5412130 / 030 9953508 - Telefax: 030 99901561

Offen:	Montag	13 - 17 Uhr
	Dienstag:	10 - 17 Uhr
	Donnerstag:	13 - 18 Uhr
	Freitag	10 - 13 Uhr

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. Vi.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Leserzuschriften sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrer Kürzungen von Beiträgen vor. Anonyme Schreiben an die Redaktion werden nicht bearbeitet.

Layout: Yvette Rami; **Anschrift der Redaktion:** c/o DIE LINKE, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, fon: 030 5412130, fax: 030 99901561

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Bearbeitungsschluss: 28.02.2020. Auslieferung ab 03.03.2020

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Marzahn-Hellersdorf **links** wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert.

Empfehlung: 35 Euro-Cent.

Die nächste Ausgabe erscheint **am 07.04.2020 (Anlieferung aus Druckerei).**